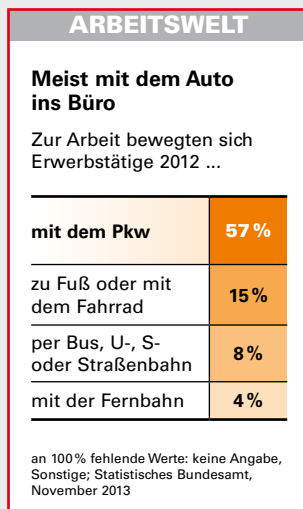
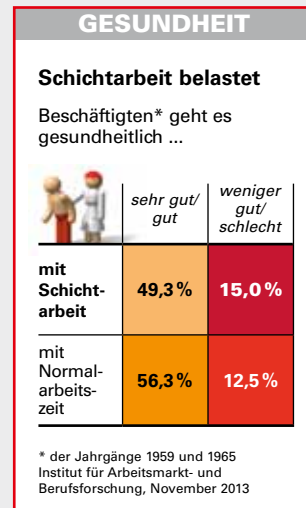
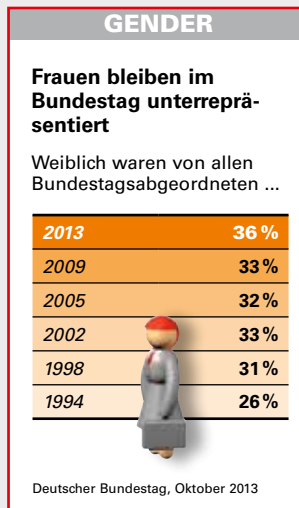
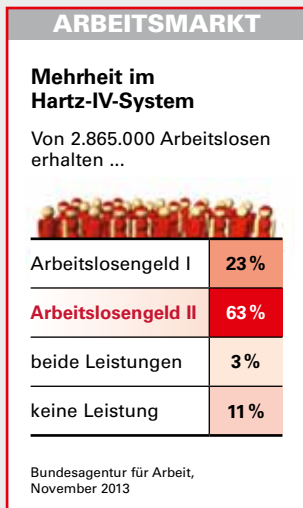


## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,  
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp  
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;  
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;  
**Druck und Versand:**  
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei  
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),  
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben  
 unter boecklerimpuls.de

## TrendTableau



► **GESUNDHEIT:** Viele Industrieländer sparen wegen der Wirtschaftskrise massiv im Gesundheitswesen. Wie aus einer Studie der OECD hervorgeht, sind die Gesundheitsausgaben pro Kopf von 2009 bis 2011 in 11 der 33 Mitgliedsstaaten gesunken. Besonders bedenklich seien die Einsparungen bei medizinischen Präventionsprogrammen. Drei von vier

OECD-Staaten gaben demnach 2011 real weniger für die Gesundheitsvorsorge aus als 2010. Am stärksten von diesen Kürzungen betroffen seien in allen Ländern die Menschen mit dem niedrigsten Einkommen, betont die OECD.  
 OECD, November 2013

**ARBEITSWELT:** Mindestens 435.000 Arbeitslose in Deutschland sind laut einer

Untersuchung der Hochschule Koblenz „arbeitsmarktfern“ – sie haben so gut wie keine Chance auf eine reguläre Beschäftigung. Als arbeitsmarktfern gelten Menschen, die in den vergangenen drei Jahren kaum gearbeitet haben und mindestens drei „Vermittlungshemmnisse“ wie beispielsweise einen fehlenden Schulabschluss oder mangelhafte Sprachkenntnisse auf-

weisen. Um diese Personen in den Arbeitsmarkt einzugliedern, müssten neue Förderprogramme aufgelegt werden. Es sei „unhaltbar“, dass sich die öffentlich geförderte Beschäftigung inzwischen nahezu ausschließlich auf Ein-Euro-Jobs beschränke, die nichts mit regulären Arbeitsverhältnissen zu tun hätten.  
 Hochschule Koblenz, November 2013